

Wahlprüfsteine Kommunalwahl 2014

Name Partei/Wählervereinigung: DIE LINKE Heidelberg

1. Sozialplanung

Halten Sie eine konzeptionelle Sozialplanung für die Stadt Heidelberg für notwendig und wie kann der Sozialraum in den einzelnen Stadtteilen entwickelt werden?

Ihre Antwort:

Ja

Nach dem Zusammentragen umfangreichen Datenmaterials in den Sozialberichten (Armuts- und Reichtumsberichten) müssen Lösungen erarbeitet werden.

Bewertung von Handlungsfeldern hierzu (bitte ankreuzen):

	Höchste Priorität	Hohe Priorität	geringe Priorität	unwichtig
Sozialplanung als kontinuierlicher Prozess	X			
Sozialplanung unter Mitwirken der Träger und der Betroffenen	X			
Sozialräumliche Betrachtung der Stadtteile	X			
Dezentralisierung sozialer Angebote		X		
Gemeinwesensarbeit und Stadtteilmanagement im Quartier	X			
Vernetzungen von Seniorenzentren und Bürgerzentren		X		
Soziale Durchmischung der Stadtteile		X		

Weitere Vorschläge und Ideen für wichtige Handlungsfelder:

Sozialtarife für Strom, Zuschussgrenzen für Mietnebenkosten für Empfänger von Transferleistungen erhöhen

Anmerkungen:

Das Stadtteilmanagement auf dem Emmertsgrund muss erhalten bleiben, in Rohrbach-Hasenleiser sollte ein Quartiersmanagement entwickelt werden.

2. Materielle Armut

Welche konkreten Maßnahmen befürworten Sie zur Bekämpfung von materieller Armut?

Ihre Antwort:

Sozialticket im ÖPNV für maximal 20 EUR im Verkehrsverbund Rhein-Neckar
Sozialtarife für Strom

Zuschussgrenzen für Mietnebenkosten

für Empfänger von Transferleistungen erhöhen

Besuch von Kultur- und Sporteinrichtungen müssen für arme Menschen stark ermäßigt werden oder im besten Fall kostenlos sein

Bewertung von Handlungsfeldern hierzu (bitte ankreuzen):

	Höchste Priorität	Hohe Priorität	geringe Priorität	unwichtig
Mehr materielle Unterstützungsfonds schaffen	X			
Soziale Leistungen im Heidelberg Pass verbessern	X			
Günstige Mittagessen in Schulen, Kitas und Seniorenzentren	X			
Tafelläden unterstützen	X			
Lokale politische Initiativen zur Anhebung der SGB-Regelsätze	X			
Bessere Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes		X		

Weitere Vorschläge und Ideen für wichtige Handlungsfelder:

Kostenlose Mitgliedschaft in allen Sport- und Kulturvereinen, die städtische Förderung erhalten, insbesondere auch für Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen Haushalten.

Anmerkungen:

Die Teilhabe finanziell benachteiligter Menschen hat für uns Priorität im Haushalt. Lokale, materielle Unterstützungsfonds unterstützen wir und wollen diese in enger Zusammenarbeit mit den Betroffenen gestalten.

3. Wohnen

Wie wird eine ausreichende und dauerhaft preisgünstige Wohnungsversorgung von Menschen mit geringem Einkommen in Heidelberg erreicht?

Ihre Antwort:

Als preiswerte Miete muss weniger als 6,- Euro pro Quadratmeter festgelegt werden. Die Sozialwohnungen im Besitz der GGH müssen nicht nur erhalten bleiben, sondern in allen Stadtteilen deutlich ausgebaut werden. Wichtig ist, dass die Stadt die Konversionsflächen nicht an meistbietende Privatinvestoren verkauft, um diese Chance zur Entwicklung bezahlbaren Wohnraums zu nutzen.

Bewertung von Handlungsfeldern hierzu (bitte ankreuzen):

	Höchste Priorität	Hohe Priorität	geringe Priorität	unwichtig
Preisgünstiger Wohnraum auf den Konversionsflächen	X			
Günstiger Wohnraum in allen Stadtteilen	X			
Soziale Durchmischung als Grundprinzip in allen Stadtteilen		X		
Wohnraumversorgung besonderer einkommensschwacher Bedarfsgruppen (z.B. Alleinerziehende, SGB II Bezieher) sicherstellen	X			
Dezentrale Notwohnungsversorgung aufbauen und Notwohngebiet auflösen	X			
Wohnkonzept für junge Erwachsene mit Planungsquoten in allen Stadtteilen		X		
Wohnraumbedarfsplanung für arme Menschen	X			

Weitere Vorschläge und Ideen für wichtige Handlungsfelder:

Kein Abriss von Sozialwohnungen oder anderer erhaltenswerter Wohnungen z.B. auf dem Gebiet der Konversionsflächen, Erhalt der Sozialwohnung im Besitz der GGH. Privatisierungen im Bereich der Daseinsvorsorge führen zu Preissteigerungen und werden daher von DIE LINKE abgelehnt.

Anmerkungen: Eine große Gefahr sieht DIE LINKE darin, dass von den Verhandlungen mit der BIMA über den Verkauf der Konversionsflächen wenig bekannt wird. Hier sollte der Gemeinderat viel stärker als bisher seine demokratischen Einflussmöglichkeiten nutzen.

4. Mobilität

Wie wichtig ist eine gute Mobilität für Menschen mit geringem Einkommen und wie kann sie sichergestellt werden?

Ihre Antwort:

Für uns ist Mobilität ein Menschenrecht. Menschen mit geringem Einkommen müssen ein vergünstigtes Sozialticket von maximal 20 EUR im Monat für den Verkehrsverbund Rhein-Neckar erhalten.

Bewertung von Handlungsfeldern hierzu (bitte ankreuzen):

	Höchste Priorität	Hohe Priorität	geringe Priorität	unwichtig
Dauerhafte Sicherung des Heidelberger Sozialtickets	X			
Beteiligung des Verkehrsverbundes	X			
Sozialticket für alle Armen in der Metropolregion	X			
Sozialticket für den ganzen Verkehrsverbund für 20 €	X			
Radverkehr als günstige Mobilitätsalternative unterstützen		X		

Weitere Vorschläge und Ideen für wichtige Handlungsfelder:

Das Sozialticket kann nur im Kundenzentrum am Hauptbahnhof bezogen werden. Auch die Bürgerämter sollten über das Sozialticket informieren und es sollten weitere Möglichkeiten des Verkaufes des Sozialtickets geschaffen werden.

Anmerkungen:

Nach letzten Angaben betrug der Nutzungsgrad des Sozialtickets ca. 10 Prozent. Eine Verbesserung der Informationslage und eine deutliche Preissenkung wird zu einem deutlichen Anstieg des Nutzungsgrades führen.

5. Arbeitslosigkeit

Welche Schwerpunkte zur Beschäftigung und Integration besonders benachteiligter Arbeitsloser soll die Stadt Heidelberg setzen?

Ihre Antwort:

Von der Stadt als Arbeitgeber erwarten wir, dass sie ihren Beschäftigten ordentlich nach Tarif bezahlt und die gesetzlichen Vorgaben zur Beschäftigung behinderter Menschen einhält. Auch bei Auftragsvergaben müssen diese sozialen Kriterien berücksichtigt werden.

Bewertung von Handlungsfeldern hierzu (bitte ankreuzen):

	Höchste Priorität	Hohe Priorität	geringe Priorität	unwichtig
Entwicklung von kommunalen Konzepten für langzeitarbeitslose SGB II Bezieher		X		
Schaffung von Arbeitsplätzen in Sozialbetrieben		X		
Schaffung von Einfacharbeitsplätzen bei der Stadt		X		
Hilfen für besonders betroffene Gruppen wie Alleinerziehende, Menschen mit Behinderungen, ehemals Nichtsesshafte, Ältere etc	X			
regionaler Ausbildungspakt: jeder Jugendliche bekommt eine Lehrstelle		X		
Koordinierte und auf Ausbildung ausgerichtete Maßnahmen für nicht ausbildungsreife Schulabgänger		X		
Ausbau des Programms Aktive Beschäftigungspolitik		X		
Mehr Beschäftigung und Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung	X			

Weitere Vorschläge und Ideen für wichtige Handlungsfelder:

Keine "Ein-Euro Jobs" oder „Bürgerarbeit" in kommunaler Verantwortung.

Öffentliche Aufträge nur an Firmen, die einen Mindestlohn von über 10 Euro die Stunde zahlen, Zeitarbeit begrenzen, Betriebsräte zulassen und sich an ortsübliche Tarifverträge halten.

Anmerkungen:

"Bürgerarbeit" lehnen wir ab, insbesondere dort, wo sie den Arbeitslosen aufgezungen wurde.

6. Integration und Inklusion

Haben Sie Vorschläge und Konzepte für eine Teilhabe aller – auch der einkommensschwachen - Heidelberger Bürger an einer toleranten Stadtgesellschaft?

Ihre Antwort:

DIE LINKE fordert:

- Barrierefreiheit im ÖPNV weiterhin konsequent ausbauen,
- inklusive Schulen und gemeinsames Lernen
- Konversionsflächen nutzen, um vermehrt barrierefreien Wohnraum zu schaffen
- Mindestlohn für Beschäftigte in den Werkstätten mit Behinderten

Bewertung von Handlungsfeldern hierzu (bitte ankreuzen):

	Höchste Priorität	Hohe Priorität	geringe Priorität	unwichtig
Ausweitung von Projekten zur Integration und Inklusion		X		
Stärkung (Finanzen und Mitsprache) der Partizipationsgremien wie Ausländer- und Migrationsrat und Beirat von Menschen mit Behinderungen	X			
Rechtliche Spielräume im Ausländerrecht stärker nutzen	X			
Kinder und Jugendlichen mit Behinderungen Schulbesuch außerhalb von Förderschulen ermöglichen	X			

Weitere Vorschläge und Ideen für wichtige Handlungsfelder:

Verbindliches Mitspracherecht für den Jugendgemeinderat, den Ausländer- und Migrationsrat und den Beirat von Menschen mit Behinderungen im Gemeinderat – Demokratie bedeutet für uns nicht nur gehört zu werden, sondern auch aktiv mitentscheiden zu können.

Inklusive Bildung, bereits ab dem Kindergarten.

Anmerkungen:

Wir setzen uns für eine inklusive Bildung ein. Das bedeutet, ein Kindergarten und eine Schule für alle. Auf diese Weise lernen unsere Jüngsten bereits frühzeitig, miteinander zu lernen und zu leben – eine wichtige Voraussetzung für eine solidarische Gesellschaft.

7. Bildung

Kann gute Bildung gegen Ausgrenzung und Armut schützen und was kann die Stadt Heidelberg dafür tun?

Ihre Antwort:

DIE LINKE ist für die Gemeinschaftschule mit Ganztagsbetreuung. Hier können die Lernenden anhand moderner reformpädagogischer Konzepte auf einer individuellen Ebene gefördert werden.

Bewertung von Handlungsfeldern hierzu (bitte ankreuzen):

	Höchste Priorität	Hohe Priorität	geringe Priorität	unwichtig
Unterstützung von Schulen bei der Schulentwicklung (v.a. Gemeinschaftsschulen) und bei besonderen Angeboten (AGs, Nachmittagsbetreuung)	X			
Übergangssystem Schule-Beruf für alle Heidelberger Schulen		X		
Unterstützung aller Schulen bei der Schulsozialarbeit		X		
Erhalt dezentraler schulischer Angebotsstrukturen trotz sinkender Schülerzahlen		X		
Unterstützung von jungen Migrantinnen und Migranten beim Spracherwerb und der schulischen Integration	X			

Weitere Vorschläge und Ideen für wichtige Handlungsfelder:

Bundeswehr raus aus den Schulen – Jugendoffizieren den Zugang verwehren.
Kostenloses und gesundes Mittagessen an den Schulen.

Anmerkungen:

Wie bereits in Punkt 6 aufgeführt, setzen wir uns für die inklusive Bildung ein. Die Kinder lernen hier bereits früh, miteinander zu leben. Das schweißt eine Gesellschaft zusammen. Die Trennung im Bildungssektor bewirkt auch eine Trennung innerhalb der Gesellschaft. Auf diesem Fundament kann eine solidarische Gesellschaft nur schwerlich entstehen. Deswegen sehen wir im gemeinsamen Lernen einen wichtigen Schritt, nicht nur im Sinne der Bildungsgerechtigkeit, sondern auch für die Schaffung einer Solidar-Gemeinschaft.

8. Alter und Gesundheit

Welche Möglichkeiten sehen Sie für die Stärkung der Daseinsfürsorge für ältere und kranke Bürger?

Ihre Antwort:

In der Zukunft wird die Altersarmut sehr stark zunehmen. Hier sollten langfristige Konzepte entwickelt werden. Auf Bundesebene fordert DIE LINKE daher eine Mindestrente von 1050 EUR pro Monat. Das materielle Problem der Altersarmut kann auf kommunaler Ebene kaum gelöst werden. Durch den Bau von Seniorenzentren und Mehrgenerationenhäusern kann aber dem der Vereinsamung entgegengewirkt werden.

Bewertung von Handlungsfeldern hierzu (bitte ankreuzen):

	Höchste Priorität	Hohe Priorität	geringe Priorität	unwichtig
Altersarmut und -ausgrenzung vorbeugen durch Angebote für Senioren	X			
Förderung integrativer Hilfen für psychisch Kranke (z.B. in Sport- und Freizeitvereinen)	X			
Ausbau der Frühintervention für Suchtkranke		X		
Behandlungsangebote für neue Suchtformen (Verhaltenssüchte)		X		

Weitere Vorschläge und Ideen für wichtige Handlungsfelder:

Intensivierte Zusammenarbeit von städtischen Einrichtungen im Bereich der Seniorenarbeit, speziell auch mit den Migrantenorganisationen.

Anmerkungen:

In der Altersgruppe der 55-64 Jährigen hat inzwischen jede/r Fünfte einen Migrationshintergrund. Zum gemeinsamen Altwerden in einer ethnisch vielfältigen Gesellschaft gehört auch, dass die Stadt kulturspezifische Beratungs- und Informationsangebote unterstützt. Deswegen setzen wir uns für eine Zusammenarbeit aller städtischen Einrichtungen im Bereich der Seniorenarbeit ein.